

Metaphern  
und Realitäten der  
„Revolution“

## Als Professor im Jahr 1968

Hans Maier

„Trau keinem über dreißig!“ – das war eine Parole der 68er-Bewegung. Ich war schon über dreißig, als ich das Jahr 1968 in München und Berlin erlebte. Nach damaligen Maßstäben war ich ein noch junger Mann – 37 Jahre alt. Einige Jahre war ich sogar der jüngste Professor der Ludwig-Maximilians-Universität – deshalb hatte ich in der altherwürdigen Staatswirtschaftlichen Fakultät bei Sitzungen regelmäßig das Protokoll zu führen – eine schwierige Aufgabe; galt es doch das, was Professoren sagten, in das zu übersetzen, was sie meinten.

Die Ereignisse des Jahres 1968 kamen für mich nicht gänzlich unerwartet. Dennoch überraschte mich die Wucht, mit der sie auf uns einstürmten. Akademische Feste und Feiern zerstoben in Hohn und Gelächter. Vorlesungen wurden gestört. Ein Krieg der akademischen Stände begann. Die alte Universität schien plötzlich tot zu sein. Und was trat an ihre Stelle? Das wusste damals niemand – und am allerwenigsten die, die so selbstsicher von „kritischer Wissenschaft“, „Drittelparität“ und „Demokratisierung“ redeten. Erst langsam kam man zum Nachdenken in diesem turbulenten Jahr. Etwas war geschehen – und ehe man es richtig wahrnahm, war es auch schon vorbei.

Seit der Mitte der sechziger Jahre hatte sich die politische Szenerie in Deutschland verwandelt. Adenauer war abgetreten; Erhard regierte als Übergangskanzler, populär, aber ohne Führungskraft. Eine Rezession scheuchte die an Tradition

und Stabilität gewohnten Deutschen auf. Die NPD erzielte beunruhigende Erfolge. Später, 1967, antwortete ihr auf der anderen Seite des politischen Spektrums die „Außerparlamentarische Opposition“ (APO). Die große Koalition aus CDU/CSU und SPD unter Kanzler Kiesinger (1966–1969) brachte ein großes Neuverteilen der Karten, neue Akzente in der Deutschland- und Ostpolitik; die in Opposition stehende FDP bereitete unter Walter Scheel ihre Wendung zur SPD hin vor. Nach den Bundestagswahlen von 1969 vollzog sich dann das Revirement, das die Adenauer-Ära endgültig abschloss: Brandt wurde Kanzler einer Koalition aus Sozialdemokraten und Liberalen; die Unionsparteien gingen in die Opposition.

Hintergrund der politischen Verschiebungen war eine tief greifende Wandlung in der Gesellschaft, teils in reformistischen, teils in revolutionären, teils in theatralisch-burlesken Formen vor sich gehend, eine Wandlung der Sprache, der Sitten, der Öffentlichkeit, der politischen und sozialen Institutionen. Die Studentenrevolte führte amerikanische Formen des Protests (*teach-in*, *sit-in*) in die überlieferte akademische Szene ein. Ihre Forderungen nach Beteiligung, Mitsprache, Paritäten in Entscheidungsgremien verursachten heftige Konfrontationen im Hochschulinneren. Der Tod des Berliner Studenten Benno Ohnesorg, der gegen den Schah demonstriert hatte, durch eine Polizeikugel am 2. Juni 1967 löste eine bundesweite Solidarisierung gegen das

politische Establishment aus. An vielen Orten ging der Protest in offene Gewalttätigkeit über. Die Revolte und ihr harter Kern, der damals legendäre, heute vergessene SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund), übernahmen eine Art Sprach- und Denkherrschaft. In den Zeitungen wurden die Hörsaal-Stürme wie das Vorspiel einer neuen Zeit gefeiert, und das Wort „kritisch“ fand so inflationäre Verbreitung, dass der kritische Sinn für Monate über Bord zu gehen drohte.

### „Linker Faschismus“

Ich war damals als Vertreter Bayerns im Deutschen Bildungsrat tätig, einem von der Großen Koalition berufenen Bundesländer-Gremium, das einen Reformplan für das Bildungswesen ausarbeiten sollte. Wir tagten häufig in Berlin, meist im Reichstagsgebäude. So erlebte ich die Juni-Ereignisse von 1967 aus nächster Nähe mit: die Nachricht vom Tod Benno Ohnesorgs, die riesige Studentendemonstration, die ihm folgte, das schroffe Vorgehen der Polizei, das einen Stimmungsumschwung in der Öffentlichkeit auslöste und zum Rücktritt des Polizeipräsidenten führte. Ich erinnere mich auch noch gut an die Beerdigung Ohnesorgs in Hannover und die Rede, die Jürgen Habermas, umjubelter jüngerer Sprecher, aber auch kritischer Begleiter der Revolte, dabei hielt. Hier fiel zum ersten Mal das Wort vom „linken Faschismus“; es galt Rudi Dutschke, den ich in Berlin mehrfach bei Demonstrationen erlebt hatte und der mir in seiner Verbindung von fanatischer Entschlossenheit, Gesinnungseifer und manchmal ziellosem Aktionismus immer tief fremd geblieben war. Aber ich habe auch andere Reaktionen erlebt: Ein so nüchterner Kollege wie Karl Dietrich Erdmann flüsterte mir einmal während einer Dutschke-Rede begeistert zu: „Der junge Luther! Der junge Luther!“ Das Attentat auf Dutschke im

folgenden Jahr hat mich entsetzt und erschüttert; es war der eigentliche Auftakt zu den Osterunruhen 1968, mit denen der studentische Protest in eine breite Öffentlichkeit schlug.

Die Dinge begannen nun zu „eskalieren“ (übrigens ein Wort jener Jahre!). Das zeigte sich auch in München, wo die Rektorsübergabe von Ludwig Kotter an Carl Becker zu Beginn des Wintersemesters 1967/68 in einem Sturm von Sprechchören, Zischen, Gelächter, Luftballons und Seifenblasen untergegangen war, während das Bayerische Staatsorchester unter Meinhard von Zallinger verzweifelt versuchte, die Akademische Festouvertüre von Johannes Brahms zu Ende zu bringen. Wir Professoren saßen in unseren Talaren – damals noch! – an der Stirnseite der Großen Aula der Universität; die studentischen Störgruppen nutzten die strategische Lage und sammelten sich auf der Galerie. Helmut Kuhn hat dieses „Ende eines Festes“ in einem Rückblick mit bewegten Worten geschildert; es war in der Tat eine Zäsur. Denn nun dauerte es Jahre, ja Jahrzehnte, bis akademische Feiern in deutschen Universitäten wieder stattfinden konnten. Die Hochschule verlor ihre öffentliche Repräsentation. Persönlich hänge ich nicht an Talaren, und gewiss war manches Ritual der früheren Universität kritikbedürftig. Aber ein Minimum an Formen braucht jede Institution, und die organisierte Formlosigkeit schien mir keine Alternative zu sein. Gab es in Deutschland wirklich keine Mitte zwischen Uniform und Unform?

Aus dem Wintersemester 1967/68 sind mir mehrere Ereignisse in lebhafter Erinnerung. Das eine war ein *Teach-in* des AstA am 18. Dezember wegen der zwei Tage später drohenden Ausweisung des iranischen Doktoranden Farazi, der polizeilichen Auflagen während des Schah-Besuchs in München nicht nachgekommen war; als der Rektor an dieser Veranstaltung nicht teilnahm, zogen stu-

dentische Gruppen in seine Vorlesung, um ihn zu einer Stellungnahme zu zwingen; Becker brach daraufhin die Vorlesung ab. Übrigens wurde Farazi nicht ausgewiesen. Das zweite Ereignis war ein *Teach-in* des SDS am 25. Januar: Hier ging es um den Vorwurf des „Linksfaschismus“, der inzwischen weitere Kreise gezogen hatte. Die eingeladenen Professoren – Kurt von Fritz, Helmut Kuhn und ich – wurden dabei von Reiner Jendis, einem der Wortführer der Revolte in München, aufs Heftigste angegriffen, weil sie sich gegen offene Rechtsbrüche und einen erklärten Antiparlamentarismus linker Gruppen gewandt hatten. Die Szene wurde zum Tribunal – mit Boykottaufrufen gegen unsere Arbeit an der Universität. Psychologisch hat dieser Abend bei mir lange nachgewirkt. Er hat dazu geführt, dass ich endgültig und entschieden auf Gegenkurs ging. Dazu trug nicht nur der elitäre Hochmut und das demagogische Gehabe der studentischen Sprecher bei, sondern auch die antisemitischen, nur mühsam als Antizionismus getarnten Ausfälle gegen die jüdischen Kollegen (und Emigranten!) Helmut Kuhn und Kurt von Fritz. Wenig später erfuhr ich in Berlin, dass auch dort jüdische Professoren – Ernst Fraenkel und Richard Löwenthal – heftigen Angriffen linker Studentengruppen ausgesetzt waren. Wiederholt habe ich Ernst Fraenkel in Berlin besucht: Monatelange Vorlesungsstörungen hatten ihn seelisch zermürbt, so dass er schließlich von Berlin Abschied nahm. Er sagte zu mir: „Wissen Sie, wenn ich könnte, würde ich wieder emigrieren, wie nach 1933; nur die Berliner Arbeiter haben mich vor der völligen Verzweiflung bewahrt.“ Als dann in München am 23. Februar auch noch die Geschwister-Scholl-Feier – wahrhaftig eine identitätsstiftende Einrichtung der Nachkriegs-Universität! – von randalierenden Schreibern gesprengt wurde, war ich mit meiner Geduld und meiner Tole-

ranz am Ende. In meiner Münchner Wohnung sagte ich damals einer Journalistin: „Diesen Leuten überlasse ich nicht die Universität. Ich werde eine Gegenbewegung organisieren.“

## Die Gegenbewegung

Das tat ich dann auch nach Kräften – im Jahr 68 und danach. Ich verfasste mit einigen Kollegen das „Münchner Manifest“ – eine Gegenposition zu Habermas' Konzept der Hochschulreform. Gemeinsam mit einigen mutigen Assistenten – ich erwähne Raimund Baumgärtner, Heinrich Oberreuter und Wolfgang Quint – organisierte ich den Widerstand gegen Vorlesungsstörungen – einmal erfolgreich, einmal weniger erfolgreich. Es dauerte mehrere Jahre, bis die Störaktionen abflauten. In einem von Paul Bockelmann, Wolfgang Clemen und mir verfassten Bericht über die Beeinträchtigungen von Lehre und Forschung an der Ludwig-Maximilian-Universität – er umfasst 63 Seiten! – wurde für das Sommersemester 1969 folgende Bilanz gezogen: acht Vorlesungen mit einer Gesamthörerzahl von zirka 1500 Studenten nach systematischen Stör- und Terroraktionen extremistischer Gruppen eingestellt; etwa vierzig Prozent aller Vorlesungen und Seminare so stark gestört, vor allem in der Philosophischen, Staatswirtschaftlichen und Juristischen Fakultät, dass sie unterbrochen und nur mit größter Anstrengung zu Ende geführt werden konnten (ein Professor hielt nach Eier- und Tomatenbombardements seine Vorlesung im Drillichanzug). Die Polizei kam in dieser Zeit kaum noch in die Universität. Dafür kamen die Ärzte: Mehrere Professoren erlitten Herzattacken und mussten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Die Räume von zwei Instituten wurden besetzt und verwüstet, die Räume von sechs weiteren verschmutzt und verschmiert; eine Fakultätssitzung gesprengt, ebenso eine Senatssitzung... Von all diesen Ereignissen erfuhr die Öff-

fentlichkeit so gut wie nichts. Man hatte sich inzwischen fast daran gewöhnt, dass die Universität ein Raum war, wo das Recht nur mit Abstrichen galt. Man gab sich schon zufrieden, wenn keine spektakulären Ereignisse stattfanden, sondern nur die täglichen Angriffe und Rechtsverstöße.

Ich verkannte nicht, dass die deutsche Universität reformbedürftig war, dass man sie nur quantitativ aufgeschwemmt, nicht aber qualitativ erneuert hatte. In all meinen Äußerungen aus jenen Jahren sind konkrete Reformforderungen enthalten. Aber drei Dinge war ich nicht bereit hinzunehmen: Gewalttätigkeit als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele; ideologische Einseitigkeit und Ausschaltung der Meinungsvielfalt – und vor allem den listigen Rückgriff auf ständische Korporationsüberlieferungen zur Abwehr rechtsstaatlicher Gesetzesgeltung in der Universität. Ich zog gegen den akademischen Ständestaat zu Felde. Der elitäre Erzieherhochmut des SDS und seiner Trabanten, das unverhüllte Selbstbedienungsinteresse der Bundes-Assistentenkonferenz, die Mutlosigkeit vieler Professoren, die Angst der „schweigenden Mehrheit“ in den Hochschulen, Resignation, Konfliktscheu oder Ungeschick des Staates – das alles zeigte, dass es gründlicherer Überlegungen bedurfte, um im Campus wieder Vernunft und Arbeitsfrieden einkehren zu lassen; es ging nicht ohne den Staat, aber gewiss auch nicht mit dem Staat allein.

### Solidarität und Mut

Wer das Jahr 1968 mit wachen Sinnen erlebte, der machte seine Erfahrungen. Vieles war enttäuschend, bedrückend, trostlos, manches stimmte aber auch hoffnungsvoll. Es gab Freundschaften, die in jenen Monaten zerbrachen, bewusstes Wegsehen, opportunistische Anpassung und schlichte Angst. Jeder von uns kannte Kollegen, die gar nicht wieder zu erken-

nen waren. Aber es gab auch Verbindungen, die neu entstanden, oft zwischen politisch ganz unterschiedlichen Personen und Lagern – es gab Solidarität und Mut und Bereitschaft zum Widerstand. Mit gar nicht wenigen Sozialdemokraten teilte ich die Sorge über die Entwicklung der Hochschulen und die Gefahren für den Rechtsstaat, die daraus erwachsen – ich erwähne nur Richard Löwenthal, Hermann Schmitt-Vockenhausen, Hermann Lübke und Thomas Nipperdey, mit denen ich später, 1970, den Bund Freiheit der Wissenschaft gründete. Schwieriger war es mit den Intellektuellen: Mit Heinrich Böll habe ich über das Jahr 1968 und über seine *Katharina Blum* eine aufschlussreiche Korrespondenz geführt, während Günter Grass und andere wenig Diskussionsbereitschaft zeigten. Ins Schwarze traf Hilde Domin, die später (1972) an Jean Améry schrieb: „Am Innenhof der Universität Heidelberg steht ‚zerschlagt dem Frieden die Schnauze‘. Professoren werden mit ‚Sie obszönes Stück‘ angeredet oder auch angeschrien... Der Weg zur Menschlichkeit führt nicht über die Unmenschlichkeit“.

Im August 1968 fuhr ich mit meiner Münchner Studienstiftlergruppe nach Dänemark und Schweden. Es waren herrliche Tage, und es herrschte eine recht entspannte Stimmung bei unseren Fahrten zu Land und in den Fjorden. Bei der Rückfahrt von einer abendlichen Vorstellung der *Così fan tutte* im Königlichen Theater von Drottningholm durch die Schären nach Stockholm sagte ein TU-Student freundschaftlich drohend zur Gruppe: „Wie wär es, wenn wir jetzt den Professor Maier ins Wasser werfen – sollen wir?“ Es war scherzhaft gemeint, klang aber damals doch ein wenig unheimlich. Trotzdem: In meinem engeren Bekanntenkreis, zwischen den Studenten, den Mitarbeitern und mir hat es im Jahr 1968 nicht die leiseste Trübung eines Verhältnisses gegeben. Ganz im Gegen-

teil, die Zusammenarbeit wurde enger, das Verständnis größer, vieles intensivierte und festigte sich.

Mit Vergnügen denke ich heute noch daran, dass ich selbst in der Zeit des Protests gegen die Notstandsgesetze im Sommersemester 1968, als fast alle Vorlesungen wegen des „Aktiven Streiks“ der Studentenmehrheit ausfielen, in der Universität München meine Vorlesungen hielt – es schien mir unfair, das Gehalt eines Professors zu beziehen, aber dafür nichts zu leisten. Eines Morgens hielt ein Grüppchen von Studenten der „Roten Zelle politische Wissenschaft“ von innen die schweren Türen der Großen Aula zu, um mich am Betreten des Hörsaals zu hindern – ich wiederum zog mit einigen der hörwilligen Studenten von außen an der Tür und suchte sie zu öffnen. Schließlich gelang es, und das Grüppchen zog unter Wutgeheul davon. Einer der damaligen Hörer – er ist heute Rektor einer bayerischen Universität – hat mir neulich den Vorfall wiedererzählt, ich hatte ihn schon vergessen. Freilich hatte ich auch Glück: Die Zahl der Störer war nicht sehr groß. Denn ich las, wie heute noch, um neun Uhr, und um diese Zeit schlief die Revolution noch, wenigstens der größere Teil.

### Verwunderung nach Mitleid

Aber es gab auch Entmutigendes, ich sagte es schon: Kampagnen gegen ältere und empfindlichere Gelehrte, die den Belastungen nicht gewachsen waren, gesundheitliche Beeinträchtigungen, sogar Selbstmorde (ich kenne zwei, in Frankfurt und in Berlin). Vor allem fragte man sich immer wieder staunend, wie Vernunft und Wissenschaft bei manchen jüngeren (leider auch älteren) Bewohnern der Gelehrtenrepublik so plötzlich untergehen konnten, um dumpfen Ressentiments, ideologischer Befangenheit und lärmendem Marschtritt Platz zu machen. Im Jahr 1969 – damals amtierte schon der neue

linke AStA, der sich dann jahrelang an der Macht hielt – sah ich einmal in der Leopoldstraße die Mitglieder im Schneidersitz am Boden sitzen und mit rituell zuckenden Gebärden unter rhythmischen Ho-Chi-Minh-Rufen Flugblätter aufeinander legen, ein gespenstischer Anblick. Ich muss sie mit ähnlicher Verwunderung und ähnlichem Mitleid betrachtet haben, wie ich in meiner Jugend auf den alten Martin Heidegger in Freiburg sah, der nach 1945 auf Geheiß der Franzosen zum Straßenkehren verurteilt worden war, zur Strafe für seine Torheiten im Dritten Reich. (Er konnte sich dem dann doch entziehen!) Die weltanschaulichen Strömungen kommen und gehen, die Summe menschlichen Irrsins und politischer Dummheit, so scheint mir, bleibt immer gleich. Und ich denke mit Staunen und Dankbarkeit an meinen Großvater mütterlicherseits, der ein einfacher Bauer und Dorfbürgermeister war, den die Nazis 1933 absetzten und der nie einen Augenblick in der Ablehnung des Nazismus geschwankt hat: Warum war dieser einfache Mann politisch klüger als Martin Heidegger und Herbert Marcuse?

### Andere Sprachwelt

Was bleibt von 1968? Blickt man heute auf jene Zeit zurück, so nimmt man sie vor allem als eine Zeit der Sprach- und Bewusstseinsänderungen wahr, der abrupten Polarisierungen, der Ablösung eines breiten (manchmal allzu harmoniefreudigen) Konsenses durch das Gegenteil: den frisch-fröhlichen Konflikt. Plötzlich war wieder von „armer und reicher Welt“ die Rede (statt von Entwicklungsländern und Industriestaaten), von „Kapitalisten“ und „Arbeitern“ statt von Tarif- und Sozialpartnern, von den „Herrschenden“ und nicht von gewählten oder ernannten Amtsinhabern. Eine ganz andere Sprachwelt – fast bis in den damaligen Bundestag hinein – nach zwei Jahrzehnten einer sprachlichen und sozialen Ausgleichs-

und Egalisierungstendenz; eine zunehmende Entfremdung der politischen Sprache von ihrem Ausgangspunkt, der Beziehung auf die Institutionen des Grundgesetzes und der Länderverfassungen; ein trommelndes Deutsch, provokativ und formelhaft zugleich; alle Welt sprach plötzlich in „Marx- und Engels-Zungen“.

### „Explodierende Altertümlichkeit“

Was man heute ein wenig dramatisierend „Studentenrevolte“ nennt, war nur das sichtbare äußere Zeichen für tiefer gehende Verschiebungen in der politischen Tektonik. Während die Große Koalition in Bonn regierte, machte im Land die „Außerparlamentarische Opposition“ (APO) von sich reden. Sie schöpfte ihre Handlungsvollmacht nicht aus dem Besitz der Mehrheit, sondern aus einem „aufgeklärten Bewusstsein“. Ein Zentrum ihrer Aktivitäten war die Universität. Sie sollte nach ihrem Willen zum gesetzes- und polizeifreien Raum werden, in dem der neue öffentliche Diskurs erprobt werden, in dem die Reform der Gesellschaft und die Revolutionierung der politischen Strukturen vorbereitet werden sollten. Das erinnerte an alte deutsch-idealistische Muster und war im Kern eher unpolitisch als politisch (zumal mit der Begleitmusik von ständestaatlicher Autonomie und imperativem Mandat in Hochschulgremien). Aber viele Menschen, auch Politiker, nahmen die „explodierende Altertümlichkeit“ (Thomas Mann) doch als etwas Neues, Zukunftsweisendes. Rechtsbrüche und Gewalttätigkeiten wurden mit dem Hinweis auf die gute Sache und den verworrenen Idealismus ihrer Verfechter entschuldigt. Die Revolte wurde als heilsam vorgestellt und zur schöpferischen Unruhe des Gemeinwesens verklärt. So entstand der Mythos der 68er-Generation, der bis heute seine Wirkung nicht ganz eingebüßt hat.

Ein Schlüsselwort jener Jahre hieß „Demokratisierung“. Alles sollte demokratisiert werden – Familien, Schulen, Kirchen, Universitäten. „Demokratisierung“ wurde zum Kampfbegriff gegen rechtsstaatliche und parlamentarische Statusquo-Befestigungen. Dualismen aus dem Agitationsschatz der späten Weimarer Republik tauchten wieder an die Oberfläche: so das Gegensatzpaar Verfassungsrecht – Verfassungswirklichkeit und die Gegenüberstellung von „inhaltlicher“ und „formaler“ Demokratie. Das Modell des gedanklichen und sprachlichen Vorgehens war überall das Gleiche: Man brachte Worte der politischen Alltagssprache – die gerade wegen ihrer Praxisnähe notwendig unscharf sind – deutsch-gründlich „auf den Begriff“, um dann die schlechte Wirklichkeit am puristischen Seminaranspruch scheitern zu lassen. Auf diese Weise konnte man nahezu überall behaupten, dass unsere Verfassungen die „gesellschaftlichen Widersprüche“ nicht wirklich vermittelt, sondern nur „formalistisch integriert“ hätten.

### Metaphern der Revolution und bewaffneter Kampf

Endlich drangen in jenen Jahren – auch dies ein Weimarer Symptom – organisatorische, technische, ja paramilitärische Kampfbegriffe in die politische Sprache ein: Spiegelbild des Voluntarismus und Aktionismus, der sich in vielen neuen politischen Bewegungen geltend machte. Dazu gehörte das berühmt-berüchtigte „Umfunktionieren“, das systematische „Verunsichern“, die Bezeichnung der Mandats- und Amtsträger als „Herrschende“, die Stilisierung der Gewalt zur „Gegengewalt“ und anderes mehr. Es ist bezeichnend, dass das paramilitärische Idiom zuerst im Bereich von Bildung, Erziehung, Hochschulen verwendet wurde: von der „Umpolung von Sozialisationsmustern“, von „kognitiven Operations-

modi“, von „Lernstrategien“ war dort schon die Rede zu einer Zeit, als das politische Konzept der Neuen Linken noch ein akademisches Gespinnst, eine Sache des Seminars war. In den Siebzigerjahren standen dann nicht nur die „Strategiediskussionen“ auf der Tagesordnung – neben die Metaphern des Revolutionsspiels trat die neue Wirklichkeit des „bewaffneten Kampfes“ der RAF, in der nicht mehr mit Begriffen gefochten wurde. Die Extreme berührten sich: Viele Sätze aus der 1972 veröffentlichten RAF-Kampfschrift *Dem Volke dienen* könnten beim frühen Ernst Jünger stehen – wie überhaupt der Zusammenhang von Aktionismus, Todespathos und Ästhetizismus in extrem linken Gruppen fast die gleichen sprachlichen Formen annahm wie in extrem rechten.

Vieles aus der 68er-Erbschaft hat sich heute verflüchtigt. Der Absturz eines Teiles der Bewegung in Aktionismus und Terrorismus hat dazu nicht unwesentlich beigetragen. Vieles ist aber auch geblieben: die neue Wertschätzung des Konfliktes, der streitbaren Auseinandersetzung; die Karriere alter und neuer Begriffe wie Freiraum, Betroffensein, Partizipation, Emanzipation; endlich ein Reizklima für Veränderungen, das man, nur wenig vergrößernd, auf die Formel bringen kann: Vor 1968 war Veränderung begründungspflichtig – nach 1968 das Festhalten an Traditionen.

Ein Jahrhundertereignis war 1968 gewiss nicht. Die unmittelbaren Wirkungen waren gering – auch deshalb, weil die Wortführer der Protestbewegung einen dem Volk gänzlich unverständlichen Jargon sprachen. Die Öffentlichkeit ging denn auch über die Revolutionsspiele der Bürgerkinder in den Universitäten ziemlich rasch zur Tagesordnung über. Die akademischen Bretter bedeuten nun einmal nicht die Welt. Die indirekten, langfristigen Wirkungen freilich waren nicht

gering. So datiert von 1968 eine bis heute anhaltende Unsicherheit über das Gewaltproblem – über das, was der Staat gegenüber Gewalt ausübenden Einzelnen wie Gruppen kann, darf, soll und muss. Die Hochschulen sind im Gefolge der Studentenrevolte nachhaltig politisiert worden: Paritäten, Partizipationsregeln, korporatistische Strukturen, Rückbewegungen in einen akademischen Ständestaat; demgegenüber traten Leistung, Forschung, Wettbewerb in den folgenden Jahren in den Hintergrund.

Eines an dieser Umbruchszeit war positiv: 1968 hat die politischen Establishments gezwungen, Verfassungsstaat und Demokratie mit mehr Fantasie, mit intelligenteren Methoden zu verteidigen als mit dem Traditionsargument, „wie wir’s dann zuletzt so herrlich weit gebracht“. Das ist immerhin etwas. Für mich persönlich habe ich aus dem Jahr 1968 gelernt, dass Widerspruch sich lohnt und dass man gegenüber lautstark auftretenden *pressure groups* nicht unbedingt klein beigeben muss. Vor allem sollte man Rechtsbrüche nie als Kavaliersdelikte betrachten. An Unrecht, wo immer es auftritt, darf man sich nie gewöhnen. Die Universität ist kein rechtsfreier Raum. Was für alle Staatsbürger gilt, muss auch für die Mitglieder der Hochschulen gelten. Hochschul-Autonomie darf kein Freibrief sein, den Akademiker benutzen, um sich dem für alle geltenden Gesetz zu entziehen. Diesem Zustand waren wir 1968 und danach gefährlich nahe. Dass er schließlich überwunden wurde – auch durch Kräfte aus den Universitäten selbst – ist für mich ein Beweis für die innere Stärke unserer Demokratie, die sich absoluten und totalen Lösungen verweigert, um in Versuch und Irrtum offen zu bleiben für die stetige Reform.

*Der Text basiert auf einem Vortrag am 23. Juni 1998 im Rahmen der Ringvorlesung der Universität München „1968 – 30 Jahre danach“.*